

Kommentar

Hilfe schafft Not

von Bob Counseller

Bürgerkriege, wirtschaftliche Unruhen, politische Verfolgung, Dürre und Hungersnöte haben, oftmals kombiniert, in der letzten Dekade Millionen von Menschen vertrieben und so weltweit gravierende Flüchtlingsprobleme verursacht. Selbst die nördlichen Industriestaaten, die vor solch harten Realitäten in ihren eigenen Ländern normalerweise bislang geschützt waren, erfahren das Flüchtlingsproblem zunehmend statt auf dem Fernsehbildschirm in ihren eigenen Städten.

Es ist leicht die weltweite Flüchtlings-situation auf die soziale Situation oder Naturkatastrophen zurückzuführen, auf die der Norden keinen Einfluß besitzt. Offensichtlich ist dies nur zum Teil zutreffend, da Wirtschaft und Politik des Nordens unweigerlich mit den politischen Konflikten in den sogenannten Entwicklungsländern verbunden sind. Außerdem trägt die Art und Weise, wie Entwicklungspolitik oft praktiziert wird, zu den Problemen der Länder und ihrer Menschen bei. Es entsteht eine neue Art von Flüchtling: Der "Entwicklungs-flüchtling".

Man kann sich schwer vorstellen, daß ein Konzept, das für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern gedacht ist, gleichzeitig zerstörerischen Charakter hat. Ein Beispiel, das auch gegenwärtig diskutiert und überprüft wird, ist das Narmada Projekt in Indien. Das Bauen von Dämmen und Bewässerungskanälen wurde schon in den 50-er Jahren diskutiert, aber erst 1965 ernannte Indien ein Komitee, um einen Plan für das Narmada River Basin zu entwickeln. Von Anfang an war es u.a. wegen der geplanten Umsiedlung von Menschen ein kontroverses Projekt. 1969 wurde ein "Tribunal" eingesetzt, um die Besitz- und Umsiedlungsstreitigkeiten zu lösen. Das Tribunal gab zehn Jahre später eine Empfehlung ab, die aber für die Mehrheit der Betroffenen immer noch unbefriedigend war.

1985 bewilligte die Weltbank der indischen Regierung Kredite für den Bau von Staudämmen und Bewässerungskanälen. Seit dieser Zeit wurde die Weltöffentlichkeit auf

das Projekt aufmerksam. Gerade Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) haben die Weltbank in diesem Zusammenhang immer wieder zur Einhaltung ihrer "operational directives" aufgefordert. Die internationalen Bemühungen erreichten ihren Höhepunkt mit der unabhängigen Überprüfung des Mammutprojektes durch die 'Morse Commission' (siehe 'Südasiens', 6/92). Die Kommission beurteilte das Narmada Projekt wegen der 250.000 Menschen, die möglicherweise umgesiedelt werden müssen, sehr kritisch. Für ein anderes Mammutprojekt in der südasiatischen Region, den 'Flood Action Plan', belaufen sich die Schätzungen über die Anzahl der von einer Umsiedlung Betroffenen - sollte er in seiner Gesamtheit realisiert werden - auf fünf bis acht Millionen Bauern und Fischer.

Es ist allein aufgrund dieser Tatsache ermutigend, daß, sollte der 'Flood Action Plan' in der gleichen Weise wie das Narmada Projekt untersucht werden, bereits aufgrund der großen Zahl der Betroffenen ein negativer Bericht zu erwarten wäre. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Morse Kommission bezüglich des Narmada-Projektes nur Veränderungen empfehlen konnte.

Seit langem ist bekannt, daß ein Großteil der internationalen Entwicklungshilfe verschwendet wird. Was nun mittlerweile zusätzlich anerkannt werden muß, ist, daß die Folge dieser Verschwendung nicht nur einfach zu einer Belastung der vorhandenen Ressourcen der Geberländer führt, sondern diese Verschwendung direkt zu einem Prozess nationaler Selbstzerstörung der Empfängerländer beiträgt. Allzuoft haben die Entwicklungsagenturen - und insbesondere die multilateralen Geber - selbst Schuld an der fehlenden oder mangelhaften Beratung der Menschen, die letztendlich die Konsequenzen ihrer sogenannten "Hilfe" tragen müssen. Stattdessen stärken die Geberländer oft korrupte Regierungen und erhöhen durch die immer weiter anwachsende Schuldenlast die Abhängigkeit des Südens vom Norden und tragen so letztendlich häufig zu

der weltweiten Umweltzerstörung bei. Im Falle des 'Flood Action Plans' muß erwartet werden, daß Millionen auf dem Land lebender Bauern und Fischer gezwungen sind, ein neues Dasein als "Entwicklungsflüchtling" zu fristen. All das wird von Agenturen und Beamten verwaltet und von den Steuerzahlern des Nordens finanziert. Sie können aber leider nur selten für ihre Aktivitäten zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Falle des FAP operieren 14 bilaterale und multilaterale Geber ohne einen Prozeß der Verantwortlichkeit weder für die nördlichen Nationen, die schließlich für die Kosten aufkommen noch für die auf dem Lande lebenden Bauern und Fischer, die die vermeintlichen Nutznießer sein sollen. Anders ausgedrückt: Niemand hat die Bevölkerung von Bangladesh gefragt, ob sie das massive Projekt überhaupt in ihrem Land gebaut haben möchte. Und niemand hat die Steuerzahler der elf bilateralen Geber (oder deren Institutionen wie die EG, Weltbank oder das UNDP, die durch diese Staaten finanziert werden) gefragt, ob sie wollen, daß ihre Steuergelder für Projekte ausgegeben werden, die sich schon in der Vergangenheit zur Kontrolle von Überschwemmungen in Bangladesh als ineffektiv und sich letzten Endes als soziale und ökologische Katastrophen erwiesen haben.

Dies soll nicht bedeuten, daß für jedes Projekt nun ein nationales Referendum in den jeweiligen Geberländern durchgeführt werden sollte. Es muß jedoch mehr Bewußtsein geschaffen werden für die Tatsache, daß die Regierungen und Agenturen Projekte in Bangladesh - und anderswo - vorschlagen, die, würden sie in Deutschland durchgeführt, zu massivem öffentlichen Protest führen würden.

Andererseits ist sich die Bevölkerung in Bangladesh einfach nicht über die Tatsache im Klaren, daß ein Projekt wie der 'Flood Action Plan' überhaupt existiert, geschweige denn etwas weiß über die möglichen Negativeffekte, die es möglicherweise auf ihr Leben und ihre Lebensbedingungen haben wird. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, von denen der wichtigste die allgemeine Apathie der bengalischen Regierung ist, ihre jeweiligen Aktivitäten der Bevölkerung zu erklären. Kompliziert wird dies natürlich durch die Tatsache, daß 80 Prozent der Bevölkerung entlegen auf dem Land lebt, nur wenige Leute im Land Englisch lesen können (alle FAP Dokumente sind in Englisch geschrieben) und die Mehrheit der 115 Millionen Einwohner Analphabeten sind. Zwischen diesen beiden Situationen

befinden sich die Berater, Ökonomen und Ingenieure der Geberländer mit ihren für den 'Flood Action Plan' zweckgebundenen Mitteln, ihrer Philosophie des "etwas muß getan werden für Bangladesh".

Unter diesen Umständen ist es extrem schwierig, Widerstand anzuregen. Die Gelder befinden sich schon in der "Projekt-pipeline", Berater und Ingenieure sind ausgesucht und haben ihre Verträge unterschrieben. Die experimentellen Prioritätenprojekte (priority projects) sind dazu bestimmt, in einigen Gebieten zunächst das Projekt zu testen, um es später im ganzen Land durchführen zu können - was im Bereich wissenschaftlicher Methoden logisch klingt. Nur existiert keine Beschreibung darüber, wie diese "neuen" Konzepte - durchgeführt und finanziert von Gebern, die wenig Erfahrung mit Flutkontroll- oder Bewässerungsprojekten in Bangladesh haben - sich von anderen Projekten desselben Typs unterscheiden, die sich im Laufe der Zeit bereits als düstere Fehlschläge und für die Bevölkerung, die ursprünglich von den Anstrengungen profitieren sollte, als katastrophal erwiesen haben.

Vielleicht am schwierigsten ist die Argumentation, wenn es um die "Etwas muß getan werden" Philosophie geht. Nirgendwo ist die Ungleichheit zwischen Nord und Süd offenkundiger als in Bangladesh. Das Bevölkerungsproblem des Landes (mehr als 750 Personen pro Quadratkilometer) hat zur Folge, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung auf marginale Böden abgedrängt wird und dadurch folglich der Bedrohung durch die Kraft der Naturgewalten ausgesetzt ist. Die Einwohner des Landes, die die jährlich überschwemmte Deltaebene bewohnen, sind gelegentlich den extremen Monsoonfluten ausgesetzt. Auch die Bewohner der Küstenregionen werden regelmäßig von Zyklonen betroffen, die unzählige Menschenleben fordern und eine massive Zerstörung der Ernte und Infrastruktureinrichtungen zur Folge haben. Sie leben in diesen Gebieten, weil für sie sonst nirgendwo Platz ist. Die Bilder von Bangladeshis, die in diesen Situationen aneinandergedrückt oder in einer langen Reihe stehend auf die Hilfslieferungen warten, haben sich fest in das Bewußtsein von Zeitungslesern und Fernsehzuschauer im Norden eingeprägt. In diesem Zusammenhang muß sich natürlich jeder, der gegen ein Projekt wie den 'Flood Action Plan' ist, fragen lassen: Welche Alternativen gibt es denn?

(Übersetzung: Beate Stoffers und Pamela Metscher)